

Radiokolleg - Grüne Konflikte *

Montag
06. Mai 2013
09:05

Die Schattenseiten der Energiewende (1). Gestaltung: Johannes Kaup

Im Waldviertel entzündet sich ein Streit um geplante Windparks in der Bevölkerung. In Tirol und Salzburg gibt es heftige Kontroversen angesichts von projektierten Wasserkraftwerken. Im oststeirischen Thermenland gehen die Wogen hoch wegen eines Großglashausprojekts, weil es den Thermentourismus und die Wasserqualität beeinträchtigen könnte. Auch die vor einigen Jahren noch als Hoffnung bezeichneten "Agrar-Treibstoffe" sorgen nun angesichts der deutlich gewordenen nachteiligen Effekte für zunehmende Ablehnung. Konflikte wie diesen ist eines gemeinsam: Es sind "grüne" Konflikte. Sowohl die Gegner als auch die Befürworter sind grundsätzlich von der Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung und einer Energiewende überzeugt. Aber bei den dazu geplanten Projekten und Maßnahmen scheiden sich die Geister radikal.

Wasserkraftwerke in Österreich

In Österreich werden derzeit - Stand Anfang des Jahres 2013 - 68 Wasserkraftwerke gebaut. Weitere 245 neue Kraftwerke und Kraftwerkserweiterungen sind in Planung. Davon die Hälfte in natursensiblen Gebieten.

Grundsätzlich ist den meisten eines klar geworden: Nichts geht in unserer Gesellschaft ohne Energie. Unser Lebensstil in der nordwestlichen Hemisphäre ist weiterhin enorm energieintensiv. Wir leben in einer Energiegesellschaft. Noch nie hat eine Gesellschaft so viel Energie verbraucht, wie die unsere. In Österreich ist der Energieverbrauch in den letzten 25 Jahren um 75 Prozent gestiegen. Momentan ist noch keine Trendwende in Sicht. Für unser heutiges Leben ist deshalb ein vernünftiger Energieeinsatz eine zentrale Herausforderung der Zukunft.



Die Isel, im Osttiroler Virgental, in Osttirol ist der letzte frei fließende Gletscherfluss der Alpen

Grüner Konflikt im Virgental

Die Osttiroler Gemeinde Virgen hat sich ein ehrgeiziges energiepolitisches Ziel gesteckt. Sie will so viel Energie, wie in Virgen selbst verbraucht wird, in der Gemeinde in Summe auch erzeugen. Für ihren Einsatz erneuerbarer Energien ist die Gemeinde vielfach ausgezeichnet worden. Doch seit Virgen und Prägeraten ein Wasserkraftwerk am unverbauten Gletscherfluss Isel errichten wollen, ist in der Region ein heftiger Streit entbrannt. Unter anderem befürchten die Gegner des Projektes auch, dass die Artenvielfalt an der Isel durch das Kraftwerksprojekt bedroht wird.

Die Europäische Union hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, den Primärenergieeinsatz in allen EU-Staaten bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent zu verringern bzw. um 30 Prozent, sofern es zu einem neuen weltweiten Klimaschutzabkommen kommt. Die EU hat einen Fahrplan zur Energiewende ausgearbeitet, der zum Ziel hat bis zum Jahr 2050 fast vollständig aus der Nutzung der fossilen Energieträger Kohle, Öl und Gas auszustiegen. Das bedeutet eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes von 85-90 Prozent im Vergleich zu heute. Es gibt drei Maßnahmen zur Steuerung der Treibhausgas-Emissionen und zur Erlangung von Energiesicherheit: Energieverbrauch einsparen, Energieeffizienzsteigerung und den forcierten Einsatz von Erneuerbaren Energien. Aber gerade um letztere Maßnahme ist in Österreich in verschiedenen Regionen ein Streit entbrannt.



Das Land Niederösterreich hat einen ehrgeizigen "Energiefahrplan 2030" vorgestellt. Demgemäß soll bis 2020 die Hälfte der verbrauchten Energie von erneuerbaren Energieträgern kommen: Wasserkraft, Biomasse, Photovoltaik und Windkraft. Vor allem die Zahl der Windkraftanlagen soll verdoppelt werden.

Wie kann eine Energiewende angesichts dieser vielfältigen Interessenskonflikte gelingen? Welche erneuerbaren Energieträger sind wo am besten geeignet? Was bringen erneuerbare Energien und die daraus produzierten Gewinne? Welche Risiken und Nebenwirkungen haben diese Projekte in den betreffenden Gemeinden? Welche Rolle spielt dabei die Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung am Ort dieser Projekte? Wie sollte die Politik auf diese Situation reagieren?

Johannes Kaup hat sich auf den Weg gemacht um mit Betreibern, Betroffenen, politisch Verantwortlichen und mit Wissenschaftlern Konflikte und Lösungsmöglichkeiten auszuloten.